

Forderungen und Argumente

1. Forderung: Praxissterben verhindern – flächendeckende Versorgung sichern

Die Rahmenbedingungen der ambulanten zahnärztlichen Versorgung müssen so ausgestaltet sein, dass die Niederlassung und Berufsausübung für Zahnärztinnen und Zahnärzte (auch im ländlichen Raum) attraktiv bleiben.

Problem	Forderungen/Hintergrund
Bürokratie und Dokumentationspflichten	<ul style="list-style-type: none">• Weniger Prüfbürokratie wagen. Sie frisst Zeit, Geld und Nerven, aber niemand hat etwas davon. Im Gegenteil: Jeden Tag sind ganze Praxisteams mit unnötiger Dokumentation befasst, die zu Lasten der Patientenbehandlung geht.• Reduzierung von Dokumentationspflichten, Stichwort: Negativdokumentation• Maßnahmenkatalog des Nationalen Normenkontrollrates endlich umsetzen• Kleine Praxen werden besonders stark getroffen. 60 Prozent der Praxen in Niedersachsen sind Einzelpraxen
Digitale Anwendungen/Telematik	<ul style="list-style-type: none">• Digitale Anwendungen sollten nicht zu mehr Aufwand in den Praxen führen• Telematik-Anwendungen müssen vor Roll-Out ausreichend getestet sein
Planungsunsicherheit für Neugründer	<ul style="list-style-type: none">• Angemessene Vergütungen in GKV und PKV• Steigende Energie- und Personalkosten• Rund halbe Million Euro Kosten bei Neugründung/hohe Investitionskosten im zahnmedizinischen Bereich
Personalmangel	<ul style="list-style-type: none">• Angemessenen Lohn durch angemessene Vergütung zahnärztlicher Leistung sichern• Attraktive Bedingungen für Assistenzpersonal dringend notwendig mit Blick auf allgemeinen Fachkräftemangel• Personal nicht zusätzlich durch neue Systeme (Gesundheitskiosk) „abwerben“• Durch eingeschränkte Behandlungszeiten finden Patienten zunehmend keine Behandler mehr

2. Forderung: Budgetierung aufheben: Zahnärztliche Leistungen voll bezahlen!

Die mit dem GKV-FinStG beschlossenen Sparmaßnahmen – Kürzung der Punktwerte und Wiedereinführung der strikten Budgetierung – werden erhebliche Folgen für die derzeit noch stabilen flächendeckenden, wohnortnahen zahnärztlichen Versorgungsstrukturen mit sich bringen.

Problem	Forderungen/Hintergrund
Nicht alle zahnärztlichen Leistungen werden voll vergütet	<ul style="list-style-type: none">• Budgetierung abschaffen, um wirtschaftliche Risiken zu minimieren• siehe auch „Planungssicherheit für Neugründer“: Budgetierung macht Selbstständigkeit im ländlichen Raum zunehmend unattraktiv• Der freie Beruf des Zahnarztes muss attraktiv bleiben, sonst drohen Lücken in der Versorgung, vor allem in den Dörfern und Kleinstädten
Budgetierung entzieht Prävention die nötigen Mittel	<ul style="list-style-type: none">• Parodontitis-Therapie darf nicht Opfer der Budgetierung werden; Volkskrankheit mit bekannten Wechselwirkungen zu anderen Erkrankungen• Bei Präventionsmaßnahmen darf nicht der Rotstift angesetzt werden, sonst werden die Gesundheit der Betroffenen und steigende Folgekosten riskiert.

3. Forderung: Bürokratie in Praxen abbauen

Der Versorgungsalltag in zahnärztlichen Praxen wird durch eine Flut von Verwaltungsaufgaben und wachsenden regulatorischen Maßnahmen beschnitten. Dadurch sinkt die Zeit, die für die eigentliche Behandlung zur Verfügung steht. Dies hat eine abschreckende Wirkung auf den beruflichen Nachwuchs

Problem	Forderungen/Hintergrund
Überbordende Bürokratie	<ul style="list-style-type: none">• Unnötige bürokratische Auflagen abschaffen• Steigende Personalkosten auch durch mehr Personal, welches steigende Bürokratie bewältigen muss <p>Auswahl konkreter Maßnahmen zum Bürokratieabbau:</p> <ul style="list-style-type: none">• Anerkennung einer einzigen Tagesabschlussdokumentation für die Aufbereitung von Medizinprodukten anstatt der belastenden Erstellung zahlreicher Einzeldokumentationen.• Reduktion nicht-anlassbezogener Überwachungen der Medizinprodukte-Aufbereitung, des Infektionsschutzes sowie der Arbeitssicherheit und des Arbeitsschutzes in Umfang und Tiefe.• Kosten- und Zeitaufwändige e-checks ohne Anlass abschaffen• Kosten- und Zeitaufwändige STK Prüfungen (Behandlungseinheiten) abschaffen• Re-Validierungszeiträume ohne Zwischenfälle/Anlässe ausweiten

Weitere Argumente/Forderungen

1. „Aber Zahnärzte verdienen doch genug“

Um die flächendeckende Versorgung dauerhaft zu sichern, muss die Bereitschaft junger Zahnärztinnen und Zahnärzte zur eigenen Niederlassung erhalten bleiben. Wenn es keinen Anreiz gibt, den Mehraufwand und das unternehmerische Risiko einer Selbstständigkeit auf sich zu nehmen, werden immer mehr Praxisstandorte gerade im ländlichen Raum wegfallen, weil die Versorgung hier von Einzelpraxen getragen wird.

Annahme	Realität
Zahnärzte verdienen viel, fahren Porsche und spielen Golf.	<ul style="list-style-type: none">• Hohe Investitionen, Betriebs- und Modernisierungskosten in den Praxen• Zahnarztpraxen sind modern ausgerichtet, Geräte müssen immer schneller modernisiert werden, Digitalisierung führt zu immer kürzeren Halbwertszeiten von Ersatzinvestitionen• Wirtschaftliches Risiko muss durch ausreichende, dynamisierte Vergütung honoriert werden, um Anreize für Niederlassung zu schaffen.• Niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte haben keine 38-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, sondern arbeiten häufig 50-60 Stunden pro Woche

2. GOZ-Punktwert endlich anheben!

Der GOZ-Punktwert ist seit mittlerweile über 35 Jahren unverändert geblieben. Dabei wäre eine Anpassung des GOZ-Punktwertes angesichts hoher Energie-, Material-, Hygiene- und Digitalisierungskosten sowie einer neuerdings hohen Inflationsrate notwendiger denn je. Dazu sollte eine jährliche Anpassung an die Kostenentwicklung erfolgen.

Annahme	Realität
Beim Zahnarzt zahle ich doch eh immer alles selbst	<ul style="list-style-type: none">• Von der Gesetzlichen Krankenversicherung werden Basisleistungen bezahlt. Keramikfüllungen etwa sind keine Kassenleistung.• Das, was dabei abgerechnet werden kann, ist seit über 35 Jahren das gleiche – egal, ob jetzt die Assistenz doppelt so viel verdient oder die Materialien deutlich mehr kosten.• Anhebung des GOZ-Punktwertes unter Berücksichtigung von Lohn-, Energie-, Material-, Hygiene- und Digitalisierungskosten sowie der hohen Inflationsrate notwendig.